

Die Schweiz wird im Stromhandel abgehängt

RUDOLF RECHSTEINER



Physikalische Gesetze geben den Takt vor: Strom lässt sich in grösseren Mengen nicht auf Vorrat produzieren. Er muss genau dann bereitgestellt werden, wenn wir ihn verbrauchen.

Grosse Netze glätten die Spitzen von Produktion und Verbrauch. Je besser die Vernetzung, desto grösser die Versorgungssicherheit. Stausen und Wasserkraftwerke sind der Joker, wenn zu viel oder zu wenig Strom fliesst. Die alpine Topografie hat die Schweiz zur Stromdrehscheibe Europas gemacht. Kein anderes Land handelt so viel mit Strom wie die Schweiz. Von hier aus wird die Stromerzeugung europaweit auf den Verbrauch abgestimmt. Und dieser Stromaussehandel bringt Geld. Viel Geld: 2,115 Milliarden Franken Nettogewinn im Jahr 2008.

Wer wie die Axpo und die Alpiq die Stromleitungen aus Frankreich und Deutschland nach Italien kontrolliert hat, besass lange Zeit eine Lizenz zum Geldrücken. Nun führt die EU neue Spielregeln ein. Die Transitgebühren werden reguliert. Die Übertragungsleitungen werden von den Kraftwerkseignern getrennt und in separate Netzgesellschaften eingebracht. Sie sollen allen Marktakteuren nicht diskriminierend zugänglich sein. Sind die Netze überlastet, was häufig vorkommt, wird der Netzzugang versteigert. Der Auktionserlös dient dem Netzausbau. Die Transitgebühren werden im neuen System nicht mehr von den Netzbesitzern festgelegt, sondern an den Kosten gemessen. Frankreich und Italien haben die Zahlungen an die Schweiz im letzten Jahr auf lächerliche zehn Millionen Euro reduziert, Motto: «Ihr verdient an der Stromveredelung sowieso genug.» Weil der EU-Vertrag ausreicht, ist der Streit ungelöst.

Die EU hat klare Richtlinien, woher die Energie in Zukunft kommen soll. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll sich bis 2020 mehr als verdoppeln. Über 60 Prozent aller neu gebauten Kraftwerke in der EU basierten 2009 auf Wind, Sonne und Biomasse. Und

der Anteil steigt weiter. Weil der Wind fluktuert und eher an der Peripherie bläst als in den Bevölkerungszentren, werden die Netze ausgebaut. «Supergrid» heisst das Netz, das zum grossen Teil auf verlustarmen Gleichstromleitungen basiert. Ehemals nationale Stromversorgungen werden zum kontinentalen System verknüpft. Bis im Jahr 2050 werde die Leitungs-kapazität zwischen Frankreich und Spanien verdreifacht, geht aus dem Entwurf der EU-Kommission hervor. Die Schweiz hat auf diese Pläne nur defensiv reagiert. Statt bei den erneuerbaren Energien gleichzuziehen und

Vertreter des Bundes wollen den Anteil an sauberem Strom möglichst tief halten.

sich am Netzausbau zu beteiligen, hat der Bundesrat die Federführung am Brüsseler Verhandlungstisch der «Swisselctric» überlassen. Swisselctric nennt sich der Lobbyverband der drei Atomkonzerne Axpo, Alpiq und BKW. Ihr Ziel: Die Stromleitungen zu den französischen Atombeteiligungen auf Jahrzehnte zu reservieren. Die Verhandlungsführung den Atombaronen zu überlassen, das ist so, wie wenn man den Postkutschenerverein mit der Planung des Gotthardtunnels betraut.

INSEL IN EUROPA. Die Axpo will die Schweiz zur Atominsel machen. Der Anteil erneuerbarer Energien ist hierzulande rückläufig. Der Stromverbraucher steigt stärker als der Ausbau der erneuerbaren Energien. Und Vertreter des Bundes wollen den Anteil an sauberem Strom im Strombinnenmarkt-Vertrag möglichst tief halten. Während Österreich die erneuerbaren Energien auf 34 Prozent steigert, soll die Schweiz bei einem Anteil von 26 bis 28 Prozent dümpehn. Axpo-Vertreter im Parlament zweifeln bei jeder Gelegenheit öffentlich daran, dass das «Supergrid» je gebaut werden kann. Das müssen sie. Denn sonst geht

das Märchen von der Stromlücke nicht auf. An der europäischen Netzplanung ist die Schweiz nun nicht als Gleicher unter Gleichen beteiligt. Und auf der Karte der EU-Kommission für den europäischen Netzausbau (siehe Grafik) sind keinerlei neue Schweizer Anschlüsse eingezeichnet. Trotz verstopften Leitungen. Die Schweiz wird punkto Strom umfahren.

NICHT WESENTLICH. «Die Schweiz ist wichtig, aber nicht wesentlich. Die EU strebt nach einer kontinentalen Optimierung der erneuerbaren Energien – Solarenergie aus dem Süden, Windenergie aus dem Norden», kommentiert ein direkt Beteiligter in Brüssel. Nur: Immer wenn der Wind bläst, wird Strom so richtig billig. Für die Schweizer Wirtschaft ist der Zugriff auf billige Windstrompotenziale hoch interessant, auch was den Bau eigener Anlagen anbelangt. «Auf der Ebene Integration von Windfarmen oder Solarparks sowie bei der Modernisierung der Übertragungsnetze läuft das Geschäft an. Für den Konzern wird das ein Milliardengeschäft», sagt ABB-Schweiz-Chef J. Jasmin Staiblin. Und bestätigt, dass der Ausbau der Netze längst begonnen hat.

Vom Bundesrat müsste man eine proaktive Politik erwarten, welche die erneuerbaren Energien nicht länger

ausser vor hält. Dass das reichste Land Europas in Brüssel bettelt, möglichst wenig in erneuerbare Energien investieren zu müssen, ist auf die Verfilzung der Parteien mit der Atomlobby zurückzuführen. Sie führt das Land technologisch und netztechnisch ins Offside. Mehr als ein Dutzend kleine und mittlere Netzbetreiber – zum Beispiel die Nordwestschweizer IWB, EBL und EBM – investiert in europäische Wind- und Solarfarmen. Sie haben das Nachsehen, dass die Atomkonzerne die Netzplanung und den Vertragsabschluss mit der EU verschlampen, die alten Netze für sich allein reservieren und den Weg für die sauberen neuen Energien verstopfen. Ob die Einnahmen aus dem Stromhandel für die Schweiz auch in Zukunft reichlich fliessen, ist eine offene Frage. Denn die Atomlobby macht ihre Rechnung ohne den Wirt. Im Stromnetz der EU erhalten erneuerbare Energien nämlich Vorrang. Gut möglich, dass Strom aus Schweizer Pumpspeichern, die mit Atom- und Kohlestrom gefüllt werden, in Europa eines Tages auf dem Weg zu den Konsumenten blockiert ist.

* Mit einem Mitarbeiter kommentieren Regierungs- und Bundesräte die Gespräche ihrer Kollegen. Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökolog und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010. Er schreibt 14-tägig im Wirtschaftsteil der BzZ.

